

<b>Landeshauptstadt Magdeburg</b> - Der Oberbürgermeister -		Datum 28.06.2018
Dezernat I	Amt FB 32	<b>Öffentlichkeitsstatus</b> öffentlich

**I N F O R M A T I O N**

**I0165/18**

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	17.07.2018	nicht öffentlich
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	15.08.2018	öffentlich
Stadtrat	20.09.2018	öffentlich

Thema: Spätshops am Hasselbachplatz

Im Zusammenhang mit der Situation am Hasselbachplatz wurde bereits mehrfach auf die Thematik der sog. Spätshops hingewiesen, so auch durch den Beigeordneten für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herrn Holger Platz in der aktuellen Debatte des Stadtrats am 17.08.2017.

Die Anzahl dieser Spätshops am Hasselbachplatz hat sich bekanntlich von ehemals 1 auf nunmehr 7 erhöht. Sie erweisen sich für die Sicherheitslage in diesem Gebiet als problematisch, da hieraus in der Nachtzeit eine dauerhafte Versorgung der sich dort aufhaltenden Gruppierungen mit Alkohol - vorrangig Bier - erfolgt.

Um dem entgegen zu wirken, wandte sich die Landeshauptstadt Magdeburg mit Schreiben vom 01.02.2018 sowohl an den Ministerpräsidenten Herrn Haseloff als auch an die Regierungsfractionen im Landtag Sachsen-Anhalt von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Ziel, hier gesetzliche Einschränkungen für die Abgabe von Alkohol durch die Spätshops zu erwirken.

Von Seiten der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN- Fraktion erfolgte keinerlei Reaktion auf dieses Oberbürgermeisterschreiben.

Die CDU- Fraktion lud daraufhin Vertreter der Verwaltung zu einem Gespräch am 22.05.2018 ein. Neben der Vorstellung der Konfliktsituation wurde von Seiten der Verwaltung hierbei auch ein konstruktiver Vorschlag zur Änderung des Landesgaststättengesetzes (LGastG) unterbreitet.

Als Reaktion auf das Schreiben an den Ministerpräsidenten fand am 19.06.2018 zudem ein Gespräch im Wirtschaftsministerium Sachsen-Anhalt statt. Auch hier wurde die Situation erläutert und der Änderungsvorschlag zum LGastG übergeben.

Allerdings lässt sich als Fazit aus beiden Gesprächen deutlich erkennen, dass eine gesetzliche Änderung zur Regulierung des Alkoholverkaufs durch Spätshops nicht erfolgen wird.

Aus den Reihen der SPD- Fraktion wurde durch den Abgeordneten Rüdiger Erben die Thematik in einer Landtagsanfrage aufgegriffen. Die darauf erfolgte Antwort des Wirtschaftsministeriums spiegelt jedoch den Inhalt des Gesprächs im Wirtschaftsministerium wieder.

Insofern blieb die Initiative der Stadt ergebnislos und an der Thematik der Spätshops wird sich folglich nichts ändern.

Holger Platz